

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

191 (19.8.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasseler monatl. 1.60 M., vierteljährl. 4.80 M., angestellt durch unsere Träger monatl. 1.70 M., vierteljährl. 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/21 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die Typalt. Kolonelleite od. deren Raum 25 A., zuzügl. 90 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2-1/2 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Sozialdemokratische Partei Baden.

Nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei ersucht der Landesvorstand den diesjährigen

Landesparteitag

auf Samstag, den 6. und Sonntag, den 7. September, nach Karlsruhe ein.

Die Verhandlungen beginnen Samstag vormittag 10 Uhr im Saale der „Eintracht“, Karl-Friedrichstraße.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Landesvorstandes, Massenbericht, Jugend- und Bildungsarbeit, Parteipresse. Referenten: Genossen A. Geiß und Karl Gahn.
2. Aenderung des Organisationsstatuts nach den Beschlüssen des Parteitages in Weimar.
3. Parlamentsberichte:
 - a) Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Abg. S. Marum-Karlsruhe.
 - b) Bericht über die Tätigkeit der Fraktion in der Deutschen Nationalversammlung. Referent: Abg. Ehr. Stod-Helbersberg.
4. Gemeindepolitik. Referent: Stadtrat W. Engler-Freiburg.
5. Beratung etwaiger Anträge, die durch die Tagesordnung nicht erledigt wurden.
6. Wahl des Landesvorstandes.

Anschließend an den Parteitag findet im gleichen Lokal am Montag, den 8. September, vormittags 10 Uhr beginnend, eine

Frauenkonferenz

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Agitation und Organisation. Referentin: Gen. Th. Blase-Mannheim.
2. Frauenarbeit und Frauenschuh. Referentin: Genossin R. Fischer-Karlsruhe.

Parteiengenossen und -Genossinnen! Die Wahlen zum Landesparteitag sind nach den Bestimmungen des § 11 unseres Organisationsstatuts umgehend zu erledigen, Namen und genaue Adressen der Gewählten dem Landesvorstand sofort bekannt zu geben. Die Kosten für die Vertretungen zum Parteitag und zur Frauenkonferenz haben die Parteimitglieder zu tragen. Anträge, welche rechtzeitig vor dem 22. August im Besitze des Landesvorstandes sein.

Wegen der Beschaffung von Wohnungen wollen sich alle Teilnehmer an die Adresse des Sozialkomitees: Franz Wehler in Karlsruhe, Ruppurrstraße 22, 3. Stock, wenden. Mannheim, im August 1919.

Der Landesvorstand.

Zur Beachtung!

Der diesjährige Landesparteitag findet unständehalber nicht, wie unterem 26. Juli bekanntgegeben, in Baden-Baden, sondern in Karlsruhe statt.

Der Kampf gegen die Verleumdung.

Karlsruhe, 19. August.

Die Außenwelt des deutschen Volkes bereitet auch demjenigen keine Freude, der populäre Äußerungen frei von witzbürgerlicher Engherzigkeit und philiströser Moral zu betrachten gewohnt ist. Ein großer Teil der Bevölkerung hat sich ganz an robuste Vergnügungs- und platte Schlemmerei verloren. Es wird gestreift, gestreift und gestreift. An den Stammtischen der Gasthäuser sitzt ein gelangweiltes Nichtstuer und lebt sich in gedankenlosen Schimpereien aus. Zwischen Erzeuger und Verbraucher von Wirtschaftswerten drängt sich ein Millionenheer von Schiebern und hindert den Wiederaufbau der Volkswirtschaft mit katastrophaler Gründlichkeit. Der Reiz am Verdienen in beruflich geregelten Grenzen ist in diesen Kreisen verloren gegangen. Das kapitalistische Profitstreben in seine letzte anarchoistische Konsequenz treibend, will jeder von einer zur anderen Stunde reich werden oder mit weiteren Bankrottenspaketen belastet nach Hause gehen. Sinterber genießt diese Sippchaft die Reize des Risikos und der Chance beim Glücksspiel in ihrer konzentrierten Form noch einmal und den Reichthum bilden die Vergnügungen, die für ein zahlungsunfähiges Lebensmoment von der käuflichen Weiblichkeit immer zu haben sind. Spiel und Weib sind in diesem Zusammenhang jedenfalls noch die unbedenklichsten Dinge. Sie bringen wenigstens den Zirkulationsprozess des Geldes wieder in Gang. Deutschland weiß alle Niedergangserscheinungen abgelehnt: Kulturen auf, nur noch in dem Maße verbreiteter und mannigfaltiger, als es die fortgeschrittenere Kultur bei der viel größeren Zahl der vom Niedergang Betroffenen bedingt.

Das „Stahlbad des Krieges“ ist uns eben sehr übel bekommen. Wenn Ihr langgestrauten Kriegshelden so sehr dafür gekämpft habt, so könnt jetzt ja nicht Sodom und Gomorha über die deutschen Zustände. Ihr habt sie betäubend, jetzt sind sie da. Sie sehen anders aus als eure geile Wutphantasien sie erdacht hat. Tut nichts, jetzt bleiben sie da, obwohl sie auch in ihrer wirklichen Gestalt nicht gefallen. Denn für dieses Unkraut ist noch kein Schmittler gefunden.

Vielleicht kann man aber einem anderen sozialen Mißstand, der auch so eine Nachgeburt des Krieges ist, doch den

Garaus machen. In der deutschen Presse, besonders derjenigen der extremen Parteien, ist ein Tiefstand von Ton, Gewissenhaftigkeit und Verhalten dem politischen Gegner gegenüber eingetreten, der die Bedenkenlosigkeit der ordinären Wirtschaftskonturrenz mit den Manieren von Landstreichern vereinigt. Mit dem Ton ist das freilich so eine Sache. Das ist eine Angelegenheit des Geschmacks und der Bildung. Von außen wird da keine Besserung zu erzielen sein. Einzuweisen steht es jedenfalls in Punkte Bildung und Geschmack vieler Federhelden besonders derjenigen vom Orden des Ehrwürdigen Spartakus und seiner U.S.B.-Erfolglosigkeit traurig aus. Es sitzen in den Redaktionen dieser Blätter gar zu viele Leute von bündigungslosem Schreibrang, die noch lange zu lernen und ihren Charakter zu konsolidieren hätten, ehe sie mit der Äußerung ihrer Ansichten an die Öffentlichkeit treten dürften. Schlimmer sind vielleicht andere, die zwar alt genug, aber ebenfalls ohne genügende geistige Reife sind und für die es zu spät zu sein scheint, beim Mithalten mit dem Tempo des heutigen politischen Stromlaufes die Lücken ihrer Vorbildung auszufüllen. So kommen geistige Ausdrückungen von der Art zustande, wie wir sie in den Dramen vom Schilde der „Roten Fahne“, der „Sozialistischen Republik“, der „Tribüne“ usw. beschaun können. Serren und Serren, die kaum einen Satz niederzuschreiben können, ohne sprachlich zu entgleiten, die Karl Marx und die sozialistische Wissenschaft in den grundlegenden Gedankenoperationen nicht begreifen haben, finden ihre Notwendigkeit über Diktatur des Proletariats, über Rätepolitik, über die kompliziertesten Probleme des sozialen Lebens dem aufführungsberechtigten Publikum der „R.F.“ und „U.S.B.“ aus dem Ideengehalt des Schlagwortes freizusetzen. Wenn nur tüchtig Weltrevolution, Streik, zehntausendes Proletariat, Moskobandit, Nestelutkund, Moskobutrinigkeit, usw. hinausgeschrien wird, und wenn man es glücklich herausgebracht hat, die Parolen an die einschlägigen Tagesstimmen zu verteilen, dann ist die Weisheit fertig, aus der so die Durchschmitts- und Ueberdurchschnittsleistungen der „Roten Fahne“, „Sozialistische Republik“ usw. fließen.

Ehe die „Weltrevolution“ uns von diesen ertörenden Vertretern der Weltung homo sapiens nicht dadurch befreit, daß sie ihnen einfach die Möglichkeit des Federbrauchs zur Anwendung ihres eingetrichterten Vokabularismus nimmt, ist von dieser Seite auf eine Besserung der Schreibermanieren nicht zu rechnen. Aber an einen anderen Mithalt kann man von außen heran. Den gewohnheitsmäßigen und leichtfertigen Ehrabschneidern der deutschen Presse kann man das Handwerk legen. Allerdings nicht mit Hilfe der heutigen Strafbestimmungen und des heutigen Strafverfahrens in Presseangelegenheiten. Beides ist dazu völlig untauglich.

Wir wollen keinen Draconismus das Wort reden. Die Rechtswissenschaft unterscheidet bei den Ehrverletzungen die einfache Verleumdung von der Verleumdung. So eine gelegentliche Entgleisung des Wortes aus überhitztem Temperament, auch ein gelegentliches Vergreifen im Ausdruck, wodurch jemand beleidigt wird, braucht noch nicht mit harten Strafbestimmungen bekämpft werden. Aber die Verleumdung, also die Behauptung oder Verbreitung einer ehrverletzenden Lüge bei vollem Bewußtsein des unwarren Charakters der Aussage, die kann kaum streng genug bestraft werden. Ein Schmierfink der „Deutschen Tageszeitung“ schrieb neulich ungeniert und fröhlich, Scheidemann sei mit Kind und Regel und natürlich mit dem nötigen Kleingeld nach Holland ausgewandert. Ein erbärmlicher Verleumder besaustete in der „Deutschen Zeitung“, es seien Dokumente gefunden worden, aus denen der Wille der deutschen Regierung zur weiteren Fernhaltung der Gefangenen von der Heimat herzuergohe. Was ist gegen solche Erdramlichkeiten auszusagen? Bei der heutigen geschlichen Handhabung nichts, wozu man rufen könnte. Scheidemann hat die Sache mit der „Deutschen Tageszeitung“ humoristisch genommen und die Verleumdung mit einer prächtigen Antwort beantwortet. Das war das Beste. Gegen die „Deutsche Zeitung“ ist das Erscheinungsverbot auf einige Tage erlassen worden. Das ist eine ziemlich anrüchliche Methode der Generalkommandanturen während des Krieges gewesen. Mühen tut's dem Blatt, aber nicht dem Verleumder. Wir wissen nicht, ob der Kerl verlagert worden ist. Wenn ja, wird er wohl einige Zeit abhaken müssen. Er kommt heraus und gilt für die Dummen, die nie alles werden, und für die Gesinnungsgenossen von gleichem moralischen Kaliber als brauchbarer, muterprober Parteimann. In jedem Fall wird die Strafe sein Vorteil, der Verleumder hat den Schaden der Blamage dazu. Wenn die Ehrverletzung einen nachweisbaren Vermögensschaden verursacht hat, so kann dem Geschädigten nach heutigem Strafrecht eine Entschädigung bis 6000 Mark zugesprochen werden. Alles völlig unzureichend für die Verleumder wie für den Beleidigten.

Es wird kaum etwas Besseres zu tun sein, als einer Regierung des französischen Geistes folgend, dem Verleumder in jedem Falle das Recht auf hohe Entschädigung zuzusprechen. Zahlen müssen, und zwar kräftig, gibt keine Chancen. Mühen zu werden. Im Gegenteil, jeder denkt von dem, der bloßen muß, Freundchen, da hast deine Sache dumme gemacht. Verleumderlich beleidigen könnte kaum noch der Vorteil des Beleidigten sein. Wenn dem Ehrenlieb von der „Deutschen Zeitung“ eine Entschädigungsstrafe von 100 000 Mark gedroht hätte oder von noch mehr, wer glaubt, daß er seine Verleum-

dung öffentlich verlaublich hätte? Wer glaubt, daß Blätter, die mit launischen Lügen Sensation zu machen gemohnt sind, bei Einführung einer gesetzlichen Bestimmung, konform dem französischen Gesetz, noch hoffen dürfen, von solchen Sensationen leben zu können?

Man könnte freilich einwenden, auch in Frankreich seien die Verleumdungen durch die Presse nicht ausgetilgt. Freilich sind sie das nicht. Aber immerhin gibt es dort eine Möglichkeit, dem journalistischen Verleumder gehörig auf die schmutzigen Finger zu klopfen und so ein einigermaßen sicheres Schutzmittel vor der Verleumdung selbst. Ehe wir das nicht hier haben, wird es in diesem Punkt nicht besser werden. Federleicht zählt das formal-logische Bedenken: die Ehre des Beleidigten sei durch Selbstschädigung nicht wiederherzustellen. Erstens ist sie das nicht durch eine Gefinnungsstrafe des Beklagten oder dadurch, daß dieser bisher einen Betrag an den Fiskus abzuführen hat. Zweitens kann eine Verleumdung die Ehre eines anderen überhaupt nicht angreifen. Nur der ehrenhafte Ruf ist gefährdet und dieser Gefahr muß eben mit vorbeugenden Mitteln zu Weibe gegangen werden. Natürlich ist so nicht nur mit Presseverleumdern, sondern mit Leuten dieses Schlages überhaupt zu verfahren. O-n.

Ein neun Milliarden-Kredit.

Weimar, 16. Aug. Der Nationalversammlung ist heute der Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen, wonach der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, zur Bestreitung einmaliger außerordentlichen Ausgaben die Summe von neun Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen, den einzelnen Reichsverwaltungen, die aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung erforderlichen Leiheträge bis zur Höhe von 7 Milliarden Mark zu überweisen, sowie zwei Milliarden Mark für Leistungen aus dem Friedensvertrag zu verwenden. Begründet wird der Entwurf mit der Notwendigkeit, wegen der unmittelbar bevorstehenden Erschöpfung des Anleihekredits der Reichsregierung weitere außerordentliche Deckungsmittel bereitzustellen.

Die Franzosen in der Pfalz.

Speyer, 18. Aug. In Speyer wurde der sozialdemokratische Stadtrat Friedrich Ober von den Franzosen verhaftet. Die Verhaftung erregt in Bürger- und Arbeiterkreisen große Erregung. Es scheint, daß die Franzosen nach und nach alle sozialdemokratischen Arbeiterführer verhaften wollen, um dann mit der führerlosen Arbeiterkraft umso leichteres Spiel zu haben. Der Verhaftete wird beurlaubt, an der Propaganda durch Flugblätter teilgenommen zu haben.

Die Kapitalabschiebungen ins Ausland.

Berlin, 18. Aug. Bekanntlich hat in den letzten Wochen und Monaten ein weit organisierter Schmuggel deutschen Kapitals ins Ausland stattgefunden. Einer derartigen groß angelegten Schiebung ist jetzt, wie die Abendblätter melden, die Berliner Polizei auf die Spur gekommen. Es handelt sich um 20 Millionen Mark, die über die Schweizer Grenze in Sicherheit gebracht werden sollten. Nach im letzten Augenblick gelang es Polizeibeamten mittels Flugzeugen den Berliner D-Zug nach Basel zu überholen, und die Schmuggler in Nürnberg zu verhaften.

Die Ermordung der Zarenfamilie.

Berlin, 18. Aug. Nach einem Bericht aus Omsk veröffentlicht die Fremda den Bericht der Untersuchungskommission über das Ende des Zaren Nikolaus II. Die Kommission stellte nach monatelangen Erhebungen amtlich fest, daß der Zar und dessen Familie tatsächlich in furchtbarer Weise getötet wurden. Die Ermordung der Zarenfamilie war ein furchtliches und blutiges Schauspiel für eine Menge, die die Tötung von der Wache erzwang. Nicht weniger als 164 Personen werden in dem Bericht als Mörder der Zarenfamilie angeführt, gegen die von der Regierung in Omsk Anklage erhoben worden ist. Alle konnten verhaftet werden und wurden dem öffentlichen Gericht überwiegen. Der Prozess findet öffentlich statt.

Gespannte Lage in Mexiko.

Wien, 18. Aug. Aus Rom wird gemeldet: Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sind gespannter denn je. Die führenden amerikanischen Zeitungen sehen einen Konflikt voraus und erklären, daß Großbritannien seine Einwilligung zur Annexion durch die Vereinigten Staaten gegeben hätte.

Amsterdam, 18. Aug. Laut Pressebüro „Radio“ hat Carranza angeblich aus Vergeltung darüber, daß er bisher nicht anerkannt worden ist, den britischen Geschäftsträger in Mexiko, Commins, aus Mexiko ausgewiesen. „New York Times“ nennen die Handlungsweise Carranzas einen Großbritannien angehen Schimpf, der es veranlassen könne, gegen Mexiko vorzugehen. „New York Herald“ schreibt, die Ausweisung Commins komme einer Provokation gleich.

Der Vorgesicht des Waffenstillstandes.

Nr. 54.

Versammlung der Staatssekretäre vom 16. Oktober.

Ausgang. Anwesend: Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Oberst von Dörfen für die Oberste Heeresleitung, Unterstaatssekretär Bahnschaffe, Ministerialdirektor Deutsmoser, die Staatssekretäre Graeber, Kaufmann, Scheidemann.

Die Frage der militärischen Macht wird zusammengefasst, wenn die Stimmung nicht durchlässt. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie geht schief zu den eigenen Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, dass eine levée en masse nicht möglich ist.

Scheidemann: Die Frage muß mit General Ludendorff auf das eingehendste besprochen werden. Auch ich meine, daß hier der Tatbestand verschieden werden soll. Das Telegramm der Obersten Heeresleitung sei allerdings vor Vorwissen der Obersten Heeresleitung abgegangen.

Graeber teilt die Auffassung des Herrn Solf über das Telegramm der Obersten Heeresleitung. Es genüge nicht, nur Ludendorff zu fragen, sein Urteil sei nicht mehr allein maßgebend.

Sitzung des engeren Kabinetts vom 17. Oktober 1918.

Anwesend: Der Reichskanzler, der Vizekanzler, die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, des Reichsschatzamtes, der Vizepräsident des Reichspräsidenten Staatsministeriums, die Staatssekretäre Graeber, Kaufmann, Scheidemann, Unterstaatssekretär Bahnschaffe, Ministerialdirektor Deutsmoser. Der Reichskanzler eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß er ein

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Auf diese Weise zu einem schönen Geld zu kommen alle Jahr, ohne auch nur die Hand darum zu regen, das hatte der Stofa eingeschaltet; nun natürlich, heute noch würde sie klagen!

Als der Wikar heimkehrte, fand er den Lehrer, schnellich seiner harrend, vor.

Ein Schauer der Ehrfurcht lief Ignaz Ruda über den Rücken: was war der Herr Wikar doch für ein Mann, für ein kleiner Mann! Es tat nicht not, daß er dem sein Leid klagte, der mußte bereits schon alles.

„Sie tun Ihre Pflicht, Sie dürfen keine Angst haben!“ Das klang ganz anders als die Tröstung des Herrn Propstes. Aber ein danges: „Ich bin sozialistisch angelehnt — und der Erlass, ach, ach!“ konnte der Menschliche doch nicht ganz unterdrücken.

„Schämen Sie sich, Ruda!“ sprach da ernst der Wikar. „Wir sollen nicht Menschen fürchten. Erst Gott, dann das Vaterland, dann erst —“ er sprach nicht zu Ende. In leichtem Ton fuhr er fort: „Glauben Sie übrigens, daß Herr Djacimowicz so wenig Einfluß hat?“ Er lächelte. „Jahren Sie ruhig fort wie bisher, und was man auch gegen Sie in Szene setzen wird, ich — seinen nachdenklich ein wenig zerknirschter Kopf richtete er kräftig auf, und es blühte in seinem Blick. — „ich werde auch das meine tun!“

Lehrer Ruda's Besuch war heute nicht der einzige in der Straße. Draußen sah Förster Frelkowsk's Tochter schon eine lange Weile bei der Köchin Suzanna und wartete auf Vorlaß.

Die blonde Stofa sah verweint aus und gar nicht guter Dinge. Auf ihrer weichen Wangen brannten fünf rote Striemen, als hätten fünf kräftige Finger ihren Abdruck darauf gelassen.

War's möglich, sie war entlassen worden von der gnädigen Herrschaft in Chwalborzowce? Und so auf einmal nur nichts für nichts, Knall und Fall. Wegen dieses kleinen, kleinhirnigen Spießbüchens, das man sich gemacht hatte? Die Herrschaft hat ganz außer sich und schlägt die Hände zusammen.

Telegramm seiner Majestät erhalten habe, wonach außer dem ersten Generalquartiermeister noch andere Generäle zu hören sein würden. Dies habe er dem General Ludendorff mitgeteilt. Der General habe in großer Erregung geantwortet, dann würde er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm Generalfeldmarschall Hindenburg. Es müsse jetzt erwogen werden, wie man sich zu dieser Frage stellen solle.

Solf berichtet, daß ihn heute morgen zu ungewöhnlich früher Stunde der abgeordnete Nieker aufgesucht und ihm gesagt habe, das Vertrauen der nationalliberalen Partei auf General Ludendorff sei so erschüttert, daß sie erwarte, die Regierung werde sich bei ihrem Entschluß nicht nur auf Hindenburg und Ludendorff stützen, sondern auch andere Feldherren hören.

Friedberg bestätigt, daß das Publikum nicht begreifen würde, wenn hier das Schicksal Deutschlands auf den richtigen Feld von zwei Augen gestellt würde. Wenn man bedenke, daß es gerade ein Kriegsrat war, der die Absetzung Falkenhagens und die Verurteilung Hindenburgs beschloß, könne doch jetzt die Abhaltung eines Kriegsrats für die beiden Feldherren kein Grund zur Abkantung sein.

Die Frage der militärischen Macht wird zusammengefasst, wenn die Stimmung nicht durchlässt. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie geht schief zu den eigenen Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, dass eine levée en masse nicht möglich ist.

Aus der Partei.

„Zwei sehr verschiedene Sichten von Arbeitern.“

Genosse Fritz Spiegelsberg schreibt im „Vorwärts“ u. a.: „In der Nationalversammlung jagte der Unabhängige Knoenen: Es gibt heute zwei sehr verschiedene Sichten von Arbeitern. Die organisierte Arbeiterschaft aus der Zeit vor dem Kriege, die 2½ Millionen gewerkschaftlich und eine Million politisch organisierten Arbeiter sind in einem anderen Denken und Fühlen aufgewachsen, als die große Masse der Arbeiterschaft von heute.“

Knoenen sprach weiter über die jüngeren Arbeiter, die bei Kriegsausbruch 17 bis 24 Jahre alt und völlig indifferent waren. Sie waren durch ihre furchtbaren Erlebnisse zu Entwürfen und Drängen geworden, die gewillt seien, bis an Ende zu gehen und die aus den neuerwachten Sichten der Bevölkerung einen Kauf zu bekommen.

Ich weiß nicht, ob Marx das verbrochen hat. Wenn er es nicht verbrochen hat, so ist es so ausgelegt zu wissen, wie Knoenen es tut. Nach dem unabhängigen Arbeiter braucht der Arbeiter also nicht mehr zu lernen noch zu lesen, die Bibliotheken können vernichtet, die Kurse für Bildung aufgehoben werden; es genügt, daß der heilige Geist der Revolution die Hauptrolle der 17- bis 24jährigen bespielt und sie wissen viel mehr, als wir dummen Kerle, die wir uns die Nächte hindurch geplagt haben, um ein paar Körner Wissen in uns aufzunehmen und reifen zu lassen.

Nach Knoenen's Ausdruck braucht man sich auch nicht mehr über den Tiefstand der Versammlungen zu wundern, der im Grunde ein Ende der Versammlungsfreiheit bedeutet. Mit Unbehagen und tiefer Ehrfurcht werden diejenigen, die trotz aller Erfahrungen noch den Mut aufbringen, unabhängige oder kommunistische Versammlungen zu besuchen oder in sozialdemokratischen Versammlungen sich die Ausführungen der erleuchteten Gegner anzuhören, in Zukunft denen lauschen, die indifferent waren und prinzipiell kein Wort gegen haben, noch leben, aber dem hl. Geist der Revolution erlaucht und darum vielfachwendig geistreich sind, als wir dummen Kerle.

Selbst sind die Armen im Geiste, denn für sie ist das Himmelreich!

„Heilige Mutter!“ Wer im Grunde gönnte sie es der Stofa wohl; die war denn doch gar zu läppig!

„Was wilst du nun beginnen, mein Täubchen, mein armes, was fängst du nun an?“ sprach sie. „Einen so guten Dienst kriegt du nie wieder! Heilige Mutter, erbarme dich um deines heiligen Sohnes und seiner heiligen Wunden willen!“

Stofa sah auf dem Schemel beim Klischenherd, holte nun ihr Schnupstuch hervor — ein battistenes der Herrin — und wuschte gierlich die Tränen, die ihr über die Wangen tröpfelten. Ja, und der Vater war so entsetzlich groß geworden! Beim Urne hatte er sie gegriffen und gerüttelt, daß ihr die Nadeln aus den Fledchen geflogen, die schönen Schildpatt-Nadeln, und zerstreut waren auf dem Ziegelboden!

„O heilige Mutter!“ Sie schluchzte laut auf. Und gar nicht behalten wollte er sie zu Hause, sie sollte gehen und Geld verdienen — aber wo denn jetzt so schnell? Sie mußte sehen, daß sie Stellung fand in der Kreisstadt oder in Rosen — ach, und die Pani hatte sie doch mitnehmen wollen nach Paris! Es war viel Schmerz in diesen Tränen, immer reichlicher begannen sie zu tröpfeln. Aber noch mehr But war dabei: also das war der Lohn dafür, daß man all die Jahre ein Sklave gewesen war, weiter nichts als ein Sklave?!

„Sie sind Ihre Wunden für sich behalten, die Schmutzflecken und den Sonnenstrich auch! Über den Schlaf der Nächte sollte sie ihr erheben, den jungen geizigen Schlaf, den sie verümt hatte, weil sie immer aufstehen mußte beim Strahlen der alten Nepomucena! So viel Nächte geopfert! Und nun mon einmal eine einzige Nacht für sich genommen hatte, da, ja da — ei, was hatte die Pani für einen Lärm geschlagen: „Verflüchtete, Dirne, Kanaille!“ Und der Herr würde sie niedergeschmettert haben mit der erhobenen Faust, wäre nicht gerade der Wikar dazu gekommen und hätte sie geschüttelt aus dem Zimmer!

Das hübsche Gesicht des Mädchens verzerrte sich bei der Erzählung, das weiche Grau der Augen bekam einen schielenden, grünlichen Schiller; aufstehend ballte sie die Faust. Aber dann lächelte sie plötzlich: nun, eine Erinnerung würden die auch behalten! Wofür, das geprügelte Herrenjoch, war nun auf einmal kein Kind mehr; mochten sie ihn nur bitten, das

Badische Politik.

Umfangreichere Holzliche für die Brenn- und Kuchholzversorgung. Die Forst- und Domänenverwaltung hat einen (höheren in juristischem Amtsdienst abgesetzten) Erlass an die Forstämter gerichtet, in welchem darauf hingewiesen ist, daß bei der Aufstellung der nächstjährigen Holzbeschaffungspläne die große Nachfrage nach Brennholz und Kuchholz der verschiedenen Arten zu berücksichtigen ist. Es sei Sache der Waldbesitzer, die Holzschläge so zu bemessen, daß den voranschreitenden hohen Anforderungen, wie sie einerseits von der amtlichen Brennholzversorgung und andererseits von der Sägewirtschaft und dem Kuchholzhandel gestellt werden, möglichst entsprochen werden kann. In dem Erlass wird mitgeteilt, daß das Reichswirtschaftsministerium eine Verordnung in Aussicht gestellt hat, nach der alle Waldbesitzer zu einem entprechenden Einlageplan verpflichtet werden können, falls von ihnen in den nächsten zurückgehalten werden sollte. Zur Befriedigung des Brennholzbedarfs soll von der Selbstaufbereitung durch die Empfänger soviel als möglich und nötig Gebrauch gemacht werden.

Die militärischen Begnadigungen. Der badischen Regierung ist vom Kriegsministerium die Ausübung des Begnadigungsrechts in Disziplinarstrafverfahren über badische Staatsangehörige zurkannt worden. Das badische Ministerium für militärische Angelegenheiten hat jeher in allen zur Entscheidung vorgelegten Stellen wegen unerlaubter Entfernung in der Revolutionszeit Begnadigung oder Strafausschuss auf Wohlverhalten erteilt, da diese Begnadigungen in einer Zeit der Verwirrung der Rechtsbegriffe begangen worden sind. Für die Begnadigung der von den Militärgerichten verhängten Strafen ist der Präsident des Reichsmilitärgerichts zuständig. Er hat der badischen Regierung erklärt, daß auch er Gnabengestaltung wegen unerlaubter Entfernung in gleicher Weise beschuldigen würde. Es ist daher, einer amtlichen Mitteilung zufolge, anzunehmen, daß die wegen derartigen Vergehens verhängten Strafen allgemein im Gnabengestaltung nachgelassen werden. Durch ungerechtfertigt ist die Befürchtung, daß die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Soldaten kriegerisch verjagt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 18. Aug. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10,35 Uhr. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die erste und zweite Beratung des Antilehengesetzes für 1919.

Abg. Eugenberger (D.M.): In der letzten Zeit sind ja manche Gesetze mit einer Oberflächlichkeit beraten worden, die der Würde dieses Hauses nicht entspricht. Wenn die Mehrheit dieses Verfahrens mit ihrer Würde vereinbaren kann, dann sollte sie wenigstens beschlußfähig hier vertreten sein. Das ist in den letzten Tagen dauernd nicht der Fall gewesen. Das können wir nicht mehr mitmachen. Ich beantrage Ablehnung dieser Vorlage.

Präsident Fehrenbach: Durch die Begründung des Antrags ist es dem Hause sicherlich schwer geworden, ihn anzunehmen. Ich bitte aber doch, dem Vorschlage stattzugeben.

Reichsfinanzminister Erzberger: Wenn Sie dem Antrage stattgeben, machen Sie es dem Finanzministerium unmöglich, ordnungsgemäß Gelder auszugeben. Wir geraten dann vor den Staatsbankrott. (Große Bewegung. Heftige Unruhe rechts.) Die Nationalversammlung möge wenigstens die erste Beratung vornehmen und das Gesetz an den Ausschuss verweisen.

Abg. Schulz-Wechsungen (D.M.) widerspricht. Reichsfinanzminister Erzberger dringt nochmals auf Erledigung der ersten Beratung.

Abg. Feinsig (D.M.): Wir verlangen jedenfalls Ablehnung der Vorlage. Wir müssen fordern, daß uns Gelegenheit gegeben wird, die Vorlage in gründlicher Weise zu durchdenken und zu beraten.

Abg. Dernburg (Dem.): Die Vorlage ist nicht kompliziert. Jeder Kenner des Staatsrechts, das sie vollumfänglich begründet ist. Im Ausschuss besteht durchaus die Möglichkeit zu einer gründlichen Beratung. Die Rechte macht hierbei ganz einfach einen Versuch zur Störung der Geschäfte.

Abg. Schulz-Wechsungen (D.M.) und Abg. Eugenberger (D.M.) bestehen nochmals auf der Vertagung. Reichsfinanzminister Erzberger: Das von den Antragstellern geforderte Studium der Vorlage ist wertlos, weil ich zur Begründung Ergänzungen zu machen habe, die ich hier nicht machen kann, die aber dazum, warum ich in diesem Hause die Beratung verlangen will. Die Annahme des Antrags Eugenberger würde von schwerer unabwehrbaren Folgen begleitet sein.

nügte alles nichts mehr! Er, war der ein verlebtes Jungfer! Und betrunken hatte er sich, daß er krank gelegen hatte drei Tage lang! Das gönnte sie ihnen. War sie denn eine Nepomucena, so ein altes dummes Tier, das die Hand noch leckte, die es quälte! Nein, ein Gutes war doch dabei, daß die Deutschen ins Land gekommen: nun wußte man, daß man nicht mehr ein Sklave war wie früher!

Die Suzanna sah ganz verblüfft drein, so heftig lächelte jetzt Stofa.

„Weißt du,“ sprach sie dann und trocknete sich eben so gierlich die Nachtränen, wie vorher die Schamertränen, „ich wundere mich nur, daß der Herr Propst noch immer nicht wird gerufen zur alten Nepomucena. Sie hat Wasser. Wenn sie sich bückt beim Kraben, so glückt es!“

„Sie wird doch nicht gerade sterben zur Winterzeit?“ sagte die um ihren Herrn beorgte Pfarrköchin. „Da darf der Herr Propst nicht selber hin zur Delump! Aber, mein Seelen, mein Täubchen, was schwärzen wir! Ich bin jetzt und klopfe an — der Hungerleider, der Lehrer, ist fort, ich höre die Tür klappen. Sieh aber zu, daß du dich beflüßelst! Volkstücker Karapfen ist fett und süß und das Leberrecht von Gottwörden, da muß er um solche schon nachmal, damit er ihn im Bette nicht drückt!“

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Vom Geist der Revolutionen. Von Arthur Liebert, Verlaganstalt Arthur Collignon, Berlin W. 62.

Mit elementarer Naturgewalt ist am Ende des Weltkrieges die Revolution über uns herein gebrochen. Noch stehen wir mitten drin in ihrem Stürmen und Drängen, wir kennen noch nicht alle die Entwicklungen, zu denen sie sich noch ausmanövriert wird. Nur zu leicht bleiben wir beim rein passiven Hinnehmen der Revolution stehen; allzu leicht sind wir geneigt, in ihr nur das zerstörende rein Negative zu sehen und uns auf die Ertragsgegenstände der bisherigen Kultur zurückzuziehen. Wir Geistlichen dürfen dabei nicht stehen bleiben, wir müssen nach dem tieferen Sinn der Bewegung, in der wir stehen und von der wir getragen werden, suchen. In diesem Ringen um geistige Klarheit ist uns die vorliegende Schrift des Berliner Geschäftsführers der Kantgesellschaft und Philosophiedozenten der Techn. Hochschule Charlottenburg, Arthur Liebert, ein ausgezeichnetes Büchlein.

Abg. Neil (Soz.): Es ist ganz offensichtlich, daß die Rechte der Regierung Schwierigkeiten machen will.

Abg. Geier (U.S.P.): Die Vorlagen werden hier tatsächlich in einer beispiellosen Hast eingebracht, vermutlich, damit sich die Fraktionen nicht völlig klar darüber werden können. Wir werden uns keinerlei Gefahren aussetzen, wenn die Beratung um 24 Stunden vertagt wird.

Abg. Schulz-Brönberg (D.N.): Die Erledigung des Gesetzes vor der Sommerpause wird durch Annahme unseres Antrages nicht in Frage gestellt, jedoch der Finanzminister zu unserm Bedauern nicht zu demissionieren braucht.

Der deutsch-nationalen Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und Unabhängigen abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes.

Finanzminister Erzberger: Ich werde im Ausschuß weitere Mitteilungen zur Begründung machen.

Abg. Dernburg (Dem.) beantragt Verzögerung der Vorlage an den Ausschuß. Das Haus beschließt dementsprechend.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigungen an die in Folge der Verminderung der Heeresstärke auszuheibenden Offiziere.

Abg. Grünwald (D.): Das Gesetz gibt Gelegenheit, unseren Offizieren den Dank auszusprechen. Wir begreifen es, daß wir ihnen den Übergang zu einem anderen Berufe dadurch erleichtern können.

Abg. v. Graefe (D.N.): Das Gesetz sollte mit Einstimmigkeit angenommen werden, weil es den Dank der Nation für einen Teil der Wehrmacht ausdrückt. Daß der Nachweis der Bedürftigkeit verlangt wird, ist unerträglich. Bei der Wehrmacht herrscht eine Antipathie gegen den Offiziersstand, wenigstens im Unterbewußtsein. Wir haben uns im Ausschuß für die Regierungsvorlage ins Zeug gelegt. Sie ist aber nicht durchgegangen, weil die Regierung sie nur sehr lau vertreibt.

Reichswehrminister Noske: Es ist richtig, daß sich viele Offiziere zurzeit in sehr schlechter Lage befinden, und daß die Verhältnisse einer großen Zahl von Kadetten geradezu trübselig sind. Dieser Zustand wird durch die Ausführung des Friedensvertrages, der von der Regierung ehestich und lokal durchgeführt wird, noch verschlechtert. 10.000 Berufsoffiziere müssen entlassen werden. Die Unabhängigen haben über die Zahl der noch vorhandenen Soldaten Befragungen durchgeführt, die den tatsächlichen in keiner Weise entsprechen. Die Folge davon war, daß in Frankreich der Eindruck erweckt worden ist, daß wir die Bedingungen des Vertrages nicht lokal durchführen wollten, und eine weitere Folge ist, daß die deutschen Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten werden, weil man befürchtet, daß sie eine weitere Vermehrung der deutschen Heeresmacht bilden würden, von der man sich im Ausland noch immer übertriebene Vorstellungen macht. Zu den Beratungen im Ausschuß ist festzustellen, daß der Ausschuß die Vorlage der Regierung zwar geändert hat, aber von ihrem Grundgedanken nicht abgewichen ist.

Abg. Schäfers (Soz.): Eine rechtliche Verpflichtung, den Offizieren in der Übergangszeit zu helfen, können wir nicht übernehmen. Von der Pflicht einer besonderen Dankbarkeit der Offiziere gegenüber kann man nicht sprechen. Gewiß, die Offiziere haben im Kriege ihre Schuldigkeit getan mit Ausnahme derer, die in der Elasse und sonst weit vom Schuß angenehme Stellungen besaßen und die leider auch unter das Gesetz fallen. Bei der Ueberführung der Offiziere in den Zivildienst des Reiches, der Staaten und Gemeinden müssen die militärischen Rangverhältnisse völlig ausbleiben. Wir sind der Meinung, daß das Gesetz so gut ist, daß es einstimmig angenommen werden könnte.

Abg. Dr. Mittelmann (D.N.): Die Auffassung, als ob die Offiziere mit ihrem Eintreten für die Regierung noch ihre eigenen Interessen vertreten könnten, vermag ich nicht zu teilen. Der preußische und deutsche Offizier ist von jeher gewohnt, selbstlos seine Pflicht zu tun. Der Entwurf hat im Ausschuß eine sehr harte Beurteilung seitens der Regierungsparteien erfahren. Seitens des Zentrums wurde er als dürftiges Machwerk, mit kühnster Verleumdung bezeichnet. Mit dem ursprünglichen Entwurf war man in Offizierskreisen durchaus zufrieden. Das Gesetz ist aber im Ausschuß dermaßen verschlechtert worden, daß wir dem Gesetz nicht zustimmen können, wenn Sie unsere grundsätzlichen Abänderungsanträge ablehnen. Die Streichung der Bedürftigkeit ist eben-

so notwendig wie die Ausmerzung der ungerechten Behandlung der sogenannten Kriegseisenteiler. Unsere Anträge wollen im Grunde doch nicht mehr, als was die Mehrheitspartei nach Verwerfung der Regierungsvorlage zunächst selbst gefordert haben.

Abg. Holz (Zentr.): Der politische Grundgedanke des Gesetzes ist vom Zentrum und von den Sozialdemokraten nicht im geringsten angefochten worden, nur das haben wir gegen ihn einzuwenden, daß in dem Entwurf noch zu viel von dem alten Regierungsgedanken enthalten ist. Die Stellungnahme der Deutsch-Nationalen und der deutschen Volkspartei läuft lediglich auf Agitation hinaus (Lärmender Widerspruch rechts). Ein Anspruch auf Pension besteht für die nach diesem Entwurf zu entlassenden Offiziere nicht, und der moralischen Verpflichtung des Staates, für die Offiziere zu sorgen, die ohne ihr Zutun und Verschulden entlassen werden, wird die Vorlage gerade gerecht.

Der Abg. Holz weist auf die enorme Rückwirkung hin, welche die Anrechnung der Kriegsdienstzeit für die Reichsbeamten auf den Etat haben werde und empfiehlt jedoch noch, dem Hause die vom Ausschuß vorgelegenen Entwürfe anzunehmen. (Lebhafte Beifall im Zentrum).

Kreuzlicher Kriegsminister Reinhardt spricht seinen Dank aus für die außerordentlich eingehende Arbeit, die der Ausschuß dem Gesetz gewidmet habe, das er in manchen Einzelheiten gebessert habe. Andererseits, fährt der Minister fort, steht die Vorlage nicht so aus, wie wir sie gewünscht hätten. Es geht nicht weiter die Ehre, wenn man einen Vermögensnachweis erbringen muß, um mehr zu bekommen, als man an sich zu beanspruchen hätte. Wichtiger ist die Frage der Kriegseisenteiler. Die Kriegseisenteiler haben am wenigsten Anspruch, aber nach Ansicht des Reichsfinanzministers und des Reichswehrministers sollen sie auf Grund des Art. 119 des Grundgesetzes in bestimmtem Umfang nach Maßgabe derjenigen Dienste, die sie nach dem Kriege noch dem neuen Staate geleistet haben, entschädigt werden. (Hört! Hört! bei den Unabhängigen.)

Abg. Seger (U.S.): Das Gesetz will Offiziere und Unteroffiziere wieder eine bevorzugte Stellung geben. Das lehnen wir als undemokratisch ab. Das Ausland muß angesichts der Vorgänge in Deutschland, namentlich der Stellung der Offiziere, die Aufstellung gewinnen, hier sei nicht die jetzige Regierung, sondern die Offiziere maßgebend.

Reichswehrminister Noske: Wenn im Ausland die Sorge vor der deutschen Militärmacht noch besteht und deshalb die Frage der Kriegsgefangenen nicht weiter kommt, so tragen allerdings die Freunde des Vorredners dazu bei, in dem sie dort falsche Vorstellungen über die deutsche Militärmacht herbeizurufen. Noch geltender hat die „Freiheit“ festgestellt, auf der sozialdemokratischen Konferenz habe ein Redner der Unabhängigen die Zahl der deutschen Soldaten auf 800.000 bis 1 Million beziffert. Das ist eine nichtswürdige Verächtlichmachung Deutschlands, die die armen Kriegsgefangenen zu lächen haben.

Danach wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten und gegen die Unabhängigen angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur Ergänzung des Mannschaftsbesoldungsgesetzes vom 31. März 1906 und des Offizierspensionsgesetzes vom 31. Mai 1906. Das Gesetz wird in zweiter und auch in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betr. die Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. — Die Vorlage wird mit der von der Kommission beschlossenen Forderung, wonach dies auch auf die Pensionen der Beamten über 65 Jahre Anwendung finden soll, die seit Beginn des Krieges freiwillig in den Ruhestand getreten sind und im unmittelbaren Anschluß daran ohne Unterbrechung weiter im Dienst geblieben sind, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betr. die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatsdienstes. Das Gesetz wird gleichfalls in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die Weiterberatung um 8.40 Uhr auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt. Tagesordnung: Anfragen, Gesetz betr. Entschädigungen, die auf Grund

des Friedensvertrages zu zahlen sind, Ausführungsgebot zum Friedensvertrag.

W.D. Berlin, 18. Aug. Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Verfassung für Mittwoch, den 20. August 10 Uhr vormittags in der Nationalversammlung angelegt.

Berlin, 18. Aug. Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte im wesentlichen zu. Die Regierung hat den Wunsch, daß der Entwurf noch wenigstens in der ersten Lesung von der Nationalversammlung behandelt wird, jedoch der Ausschuß während der Pause bis zum Wiedergutachten des Parlaments keine Beratungen erledigen kann.

6. Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens.

* Karlsruhe, 19. August.

Der gestrige Tag sollte der Todestag der badischen Arbeiterräte sein. Er wurde es nicht. Eine in einem in keiner Weise mehr parlamentarisch zu nennenden Drunter und Draüber gegebene Kampferregung erweckte den toten Leichnam zu nochmals neuem Leben und aller Voraussetzung nach wird nun anstatt eines offiziellen Begräbnisses, das ihnen gestern beiseitegehen gemein wäre, ein langames Dahinstehen, ein Verdrängen in der Vergessenheit, eine mehr oder minder lange Selbstauflösung das Schicksal der badischen Arbeiterräte sein. Daß dieses Schicksal ein verdientes ist, kann man nicht behaupten. Die Räte haben eine gewaltige, große und bedeutende Rolle in der Revolution gespielt: ihre Leistungen und ihre Arbeit in den ersten Tagen der Revolution werden mit zu den glänzendsten Kapiteln der Revolutionsgeschichte gehören. Allein ihre Rolle und Tätigkeit konnte nur von begrenzter Dauer sein. Sie waren die Uebergangsform von der alten absolutistischen, obrigkeitshierarchischen Regierungsweise zu der neuen, freihierarchischen, demokratischen Staatsform. Mit der verfassungsmäßigen Festlegung der Demokratie war für die politischen Räte kein Platz mehr im Staatsgetriebe vorhanden. Das haben ja auch die verchiedenen Räteversammlungen selbst anerkannt. Nachdem in Baden bei den Gemeindevahlen fast in jedem Orte Vertreter der Arbeiterklasse, Anhänger der Sozialdemokratie, in die Gemeindevverwaltung gekommen sind, war eine Kontrollinstanz, als die sich die Arbeiterräte ja selbst betrachteten, hinfällig geworden. In einer ganzen Reihe Gemeinden haben die Arbeiterräte auch bereits die Konsequenz gezogen und haben sich von selbst aufgelöst; es sind schon gegen 70 Arbeiterräte, die ihre Tätigkeit eingestellt haben.

Es ist nicht von ungefähr, daß in all den Orten, wo ein Weiterbestehen der Arbeiterräte verlangt wird, es überdies die unabhängigen sozialistischen Vertreter sind, die dieses Verlangen am entschiedensten stellen. Die Unabhängigen stehen bekanntlich auf dem Boden der Miteigentümer, von Demokratie wollen sie nichts mehr wissen, das ist ein übermünder Standpunkt. Die Räte sind ihnen natürlich nur Mittel zum Zweck. Die Tätigkeit, die bisher die Räte ausübten als Kontrollorgane der Gemeindeverwaltungen, als Helfer im Kampfe gegen den Schleichhandel, gegen die Wohnungsnot, kann auf die Dauer den Unabhängigen nicht genügen; ihnen sollen die Räte die Stütze und Hilfe sein, durch die sie nicht auf dem Umwege der Demokratie, sondern auf dem der Gewalt und der Diktatur ihre Ziele erreichen. Man kann daher wohl den Wahrheit einer besseren Sache wert gewordener Feindereifer verstehen, mit dem sie gestern für die Erhaltung der Räte sich ins Zeug legten, wobei auch allerdings nicht verdrängt werden soll, daß für Menschen diese Frage wohl auch eine solche der Existenz gewesen sein mag.

Für uns Sozialdemokraten kann es in dieser Angelegenheit eine Unklarheit nicht geben. Die Räte haben in der jetzigen Verfassung keine politische Existenzberechtigung mehr; ihre Bestehen läßt sich sachlich in keiner Weise begründen. Was sie noch leisten könnten, können in mindestens derselben, wenn nicht besseren Weise, die Arbeitervertreter in den Gemeinden, den Bezirksräten und Kreisrätschüssen leisten.

Wenn es den badischen A., B. und V.-Räten nicht vergönnt war, in Schöpfung zu sterben, wie man es ihnen nach ihren Leistungen hätte wünschen können, so trägt daran das unglückliche Auftreten der unabhängigen Anhänger des Miteigentums auf der gestrigen Tagung die Schuld. Von der gestrigen und politischen Höhe der früheren Tagungen war bei der gestrigen Tagung nicht mehr viel vorhanden. Endlose Geschäftsordnungsdebatten, Niederbrüllen der gegnerischen Anschauungen, dauernde Störung der Geschäftsführung, Drohungen und Geschimpfe, das waren so die Methoden, durch denen die unabhängigen Vertreter, die sich hauptsächlich aus Offenburg und der Roracher Gegend eingekommen hatten, „arbeiten“. Dieses Auftreten von Arbeitern gegen Arbeiter im Beisein von Vertretern des Bürgertums, von bürgerlichen Ministern, bürgerlichen Regierungsvertretern machte einen bedauerlichen, niederdrückenden Eindruck. Man mag noch so oft den Gedanken der Wiedervereinigung des Proletariats hegen, nach der Einigung sich schenken, angesichts solcher Auftretens unabhängiger Wortführer kommt einem die Gewißheit immer mehr, daß, solange solche Leute das Wort da drüben führen, eine Einigung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Der Kampf muß weitergehen und man hat nur noch die Hoffnung auf die Einigkeit und das klare Denken der ruhigen, besonnenen deutschen Arbeiterklasse, daß sie endlich einmal dieses Treibens müde werden wird und die fortwährende Besserung der wirtschaftlichen Lage des Reiches sich von der Wüste und den Schlangengärten abwendet. Bis dahin aber verbleibt der Mehrheitspartei die Aufgabe, nicht allein den Kampf zu führen gegen die Reaktion von rechts, sondern auch gegen die ebenso gefährliche Reaktion von links. Diese Erkenntnis auch von der gestrigen Tagung wieder mitnehmen zu müssen, war für uns das niederdrückendste und schmerzhafteste Gefühl.

Die Tagung selbst war von 84 Delegierten aus 63 Orten besucht und hatte zwei Beratungspunkte zu erledigen: 1. Tätigkeit der Landeszentrale; 2. Stellungnahme zur Auflösung der A., B., V.-Räte. Zum ersten Punkt sprach Gen. Erb-Karlsruhe. Sein Bericht ließ schon erkennen, daß nach Annahme der Verfassung und nach Vereinigung der Gemeindevahlen der größte Teil der Aufgaben der Tätigkeit der Landeszentrale ihrer Zuständigkeit entfällt sind; Aufgaben politischer Art hatte sie fast gar keine mehr zu erledigen und auch auf wirtschaftlichem Gebiete war ihr Hauptbetätigungsfeld die

Der Verfasser redet nicht von der gegenwärtigen Revolution, deren Ursachen und Zusammenhänge; er spürt nach dem Begriff, dem Sinn, dem Wesen der Revolution überhaupt, nach ihrer Bedeutung und Struktur im Zusammenhang des geschichtlichen Lebens. Er sucht nach den allgemeinsten Bedingungen und Notwendigkeiten, deren Ergebnis schließlich jede Revolution ist, gleichgültig wie und wann sie ausbricht und wie sie verläuft. Dieser sucht zu zeigen, wie in allen Revolutionen letzte Absolutheiten des biologisch-naturalen Lebens und ewiger Vernunftswerte andererseits zum Durchbruch kommen gegenüber den notwendigen Beschränktheiten und Bedingtheiten des geschichtlichen Gegebenen. Indem er das zeigt, weiß er die immerwährende Arbeit der Revolution auf. Die Revolutionen sind immer wieder das Leben von dem Erstarren in Relativitäten und Endlichkeiten zu befreien, sie sind ursprüngliche Reinheit und Wahrheit wieder herzustellen. Aber gerade in diesem Kampf gegen das geschichtliche Bestehende tut sich ihre größte Problematik auf. Es handelt sich um den Kampf zwischen Sollen und Sein, Idee und Wirklichkeit. Aber wie es kein Sein und Sollen gibt, kein geschichtliches Leben ohne in die Welt der Wirklichkeit weisende Ideen, so gibt es kein Sollen und Sein, d. h. die Revolution ist in ihrer Durchführung angewiesen auf das Material der bisherigen Geschichte und sie kann auch ihrerseits nur reale Bedeutung gewinnen, wenn sie eingetrit in solche geschichtliche Formen. Die Ideologie der Revolution muß praktische Bedeutung gewinnen, muß eingehen in organische geschichtliche Zusammenhänge mit den Normen, in denen die Vernunft bisher zur geschichtlichen Auswirkung gekommen ist; sonst droht die Revolutionsideologie sich zu verlieren in phantastischen Doktrinarismus und Dogmatismus. „Keine Revolution vermag einen Neuanfang des geschichtlichen Lebens von Grund aus zu errichten, sondern ihre schöpferischen Kräfte und Formprinzipien sind genötigt, sich an dem in der geschichtlichen Entwicklung angesammelten Stoff zu betätigen.“ Das bedeutet die tragische Wendung jeder Revolution, sie muß aus einer Revolution zu einer Evolution werden. Die Revolution muß sich mit der relativen Vernünftigkeit der bisherigen Geschichte auseinandersetzen, ja sie findet an dieser in gewissem Sinne ihre Schranke. Das ist ja auch gar nicht anders möglich; jede Revolution ist ja auch nichts Absolutes, sondern ein Glied des Ganzen des geschichtlichen Werdens, und indem sie in diesen Zusammenhang hineinwächst, indem sie Geschichte wird, wird sie Evolution.

Indem Niebert so die Grundproblematik aller Revolutionen aufzeigt, lernt er uns die große Tragik und Antinomik im gegenwärtigen politischen Kampf verstehen. Allen geistig Interessierten und besonders auch den politischen Führern sei das Schriftchen warmstens empfohlen. Es ist wohl das klarste und Beste, was über den Sinn der Revolution gesagt und geschrieben wurde!

Dr. Emil Kraus.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Städt. Konzerthaus in Karlsruhe.

Fürst Casimir, Operette von Real u. Ferner. Musik von G. M. Biebrer.

So sieht also die letzte „Novität“ dieser Spielzeit aus? Das war der richtige Abschluß der Konzerthausfolge, so da sind: „Das verbotene Lied“, „Mölein auf der Heiden“ usw. Der „Fürst

Casimir“ kann an die vor kurzem aufgeführte Zieherische Operette „Die Landstreicher“ in keiner Weise heran, im Text nicht und in der Musik nicht. Die Handlung erfindungsarm, gestützt von den zwei Kardinalpöppelchen in unerträglicher Aufmachung (im zweiten Akt), die letztere durch überaus lächerliche herausfordernd betreten. Die Handlung wird von zwei „Helden“ getragen: der eine der Pseudo-Casimir, der sich eine Millionerbraut zu sichern verstanden hat, und der eigentliche Fürst, der als solcher erst später entdeckt wird und inzwischen als abgekaufter Reutnant mit Erfolg um Eheliche (die Braut) herumfunktioniert, natürlich, unwillkürlich und vom Operettenschauspieler geleitet. Dadurch geht aber das Interesse an der zerstückelten Handlung vom zweiten Akt an gänzlich verloren. Die Musik ist nett gemacht; man hätte das Ding ruhig in seiner Schulpflege liegen lassen können.

Unso schwieriger war der Stand des Gastregisseurs Fritz Sauter. Sämtliche Ensemblestellen — stets ein Bräutigam für das Können eines Spielers — klappten tadellos. Es ist zu bedauern, daß diese igeische Leitung sich nicht einem anderen, dankbareren Stoff hat zuwenden können, doch wollen wir hoffen, daß das noch geschehen wird, und dann vor allem bessere Kräfte zur Verfügung stehen. Nur zweien der Hauptdarsteller muß uneingeschränktes Lob gezollt werden: Raul Wrede (Fürst Casimir) und Betty Lauffer (Bepi). Was sich Raul Wrede bereits seit seinem Auftreten in der „Geschichten Frau“ (es war sein allererstes überhaupt) an Gewandtheit und Eleganz angeeignet hat, kann nicht genug hervorgehoben werden und man darf sich von dem lebenswürdigen Künstler nach dieser Leistung die beste Zukunft versprechen, zumal er auch über eine hübsche Stimme verfügt. Seine Partnerin gab sich wieder in ihrer ungewöhnlichen Dürftigkeit, leider mußte sie sich in zweiten Akt zu dem fürchterlichen Varieteeflownschid zusammen mit dem sonst recht guten Bernhard Lortz hergeben. Will man absolut unter Entschuß vom Norden her, warunter man auch Berlin verstehen kann, eine Jüdisch im Konzerhaus aufmachen, dann soll man doch wenigstens anstandslos über die Firma ändern; ist das aber nicht der Fall, dann ist es für eine richtig geleitete Bühne eine Selbstverständlichkeit, daß man den Tingeitangelschwindel draußen läßt. Das Publikum war natürlich wieder außer Rand und Band! Aber alles läßt sich doch nicht mehr gefallen, das nicht mehr, was von Seiten des Fritz von Wert-Darstellers Kurt Koch-Oberland kam. Wenn man auch als Reutnant im Stellvertreter steht, sollte man doch nicht erst warten, bis die Einsätze einem zur gefälligen Benutzung besonders verbietet werden. Und dann der Gesang! Der forberte, wie der von Lily Nelson (Eveline) so offenkundigem Prolet herau. Nachdem diese im letzten Akt ein Lied oder was es war, gesungen hatte und sich ein zaghafter Beifall hervorzuwagen suchte, erklärte ein energisches „Pit!“ Das sagt doch schon alles! Dazu kam, daß die beiden noch ziemlich tief zusammen zu liegen hatten. Was würde wohl der gute Hans Sachslehrbuch David dazu gesagt haben? Es war wirklich über. Als ambrosisches Labial muß man die Stimme von Lilly Schläger empfinden. Und noch etwas war zu bemerken: wie sich Wilhelm Schwegge am Puls durch nichts aus dem Konzept bringen ließ. Gottseidank, daß das Publikum einmal zur Einsicht kam, nur bewertete es noch nicht genügend, was man ihm an Provinzialitäten, besser gesagt „schwachen Vorlesungen“ mag. Vielleicht kommt das aber auch noch. Es ist immer noch Zeit!

s. k.

Nachst.

Wieder einmal Herr Bürgermeister Kemmer. Große Achtung vor den Geleihen der Volksregierung scheint unsere Stadtverwaltung nicht zu haben. Trotzdem die Bildung von Angestelltenaus-

Der Verdacht, daß persönliche oder auch politische Beweggründe bei diesem Ansehen die Angestellten feindseligen Verhalten mit sich bringen, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Fall wurde natürlich der Regierung zur Kenntnis gebracht; wir hoffen, daß dieselbe in der Lage ist ihre Geleihen mit dem nötigen Nachdruck durchzuführen. Wir gehen ja zu, daß es einem Nationalliberalen von allem Schrot und Korn — selbst wenn er demokratisch „umgekehrt“ hat — schwer fallen mag, sich an die Bestimmungen einer neuen Zeit zu gewöhnen, aber Achtung des Gesetzes kann man i. E. sogar von einem Bürgermeister erwarten.

Uebere.

Aus dem Gemeinderat. Wegen unbefugten Begehrens der Feldwege wird eine ortspolizeiliche Vorschrift erlassen. — Einem Antrag des Desinfektors auf Erhöhung der Desinfektionsgebühren wird entsprochen. Diese Gebühren werden noch wie vor aus der Stadtkasse bestritten. — Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der frib. Sparkasse werden ernannt die Herren Gemeinderäte Franz Hubert Roth, Josef Roth, Emil Gied und Josef Bösch. — Einem Projekt der Kulturinspektion Offenburg entsprechend sollen zur Verbesserung der Musikschulen neue Be- und Entschärfungsanlagen erstellt werden. Zur Ausführung soll sofort geschritten werden, und in diesem Jahre werden noch die Säuglingsabteilungen mit einem ungefähren Kostenaufwand von 11.000 M. zu erstellen. Dem Bürgerausschuß wird in nächster Sitzung Vorlage hierzu zuweisen. — Gegen die Errichtung einer freien Kantine für das Schulmädchenhandwerk für die Gemeinden des Amtsbezirks wird nichts eingewendet. — Anstelle des aus der Lebensmittelkommission ausgeschiedenen Mitgliedes Herrn Karl Armbruster wird Herr Glasmacher Wilhelm Rechner ernannt. — Einem Antrag auf Erhöhung der Gebühren des Totengräbers, Leichenwäscher und Leichenprofessors wird entsprochen. Die Zustimmung des Bürgerausschusses hierzu wird vorbehalten. — Als weiteres Mitglied des Gewerbe- und Handelsrats wird Herr Handelslehrer Karl Groß bestellt. — Zu Mitgliedern der Armenkommission werden ernannt die Herren Bierbrauereibesitzer Peter und Glasmacher Rechner, zu Mitgliedern der Schulkommission die Herren Notar Carrer, Lederhändler Wühl und Eisenbahnhelfer Schönböckler. — Das Geleihen des Küchenschefs Wilhelm Schurr in Ottenhöfen um Erlaubnis zum Betrieb der Realschule wird mit dem Vorbehalt bewilligt, daß der Realschule ein Anbau von 100 qm Fläche zugeteilt werden soll. — Die Tagelohnsätze der frib. Arbeiter werden neu festgesetzt. — Die von der Kommission vorgelegten Ausweissagen der frib. Beamten und Bediensteten werden mit Wirkung vom 1. März 1919 an unter Zurückziehung der frib. gewählten Kriegs- bezw. Feuerungsanlagen aufgegeben. Die erforderlichen Mittel werden durch Umsaen gedeckt. — Gegen die Errichtung einer Geschäftsstelle bei der frib. Sparkasse auf 1. Januar 1919 wird nichts eingewendet. — Einem Antrag einer Anzahl Bürgerausschüßmitglieder auf Wiedereinbringung der Vorlage wegen freihändiger Abgabe von Baugeländen an Gd. Albin an der Lindenbrunnstraße an den Bürgerausschuß wird entsprochen. (Dieser Entschluß des Gemeinderats darf wohl mit zu den Errungenschaften der Revolution gezählt werden. Die Förderung auf Veröffentlichung solcher Mitteilungen wurde ja schon oft im Stadtparlament erhoben, scheiterte jedoch immer an dem Verhalten der reaktionären Elemente. Der Ber.)

Offenburg.

Die Malzfabrik. Als die Malzfabrik von der Stadt erworben wurde, hieß es, daß sie abgetragen, daß das Baumaterial zu Baumzwecken verwendet und auf dem gewonnenen Platz in späteren Jahren ein Altersheim usw. gebaut werden soll. Nun hört das „Offenburger Tageblatt“, daß gegenwärtig geplant ist, die Grundrisslinie nur teilweise abzutragen und ein Bauwerk neu herzustellen, um am in ein Hotel in den übrigen Räumen ein Obst- und Gemüselager einzurichten. Bergsteiger. Um ihre Herden zu beruhigen, nahm die Witwe Frau Döb (Wäcker) eine etwas zu starke Dosis Morphium zu sich, was zur Folge hatte, daß sie nicht mehr zum Bewußtsein kam und starb. Fleischwucher. Gegenwärtig verkaufen die hiesigen Metzger Hammelfleisch (allerdings ohne Marken) das Pfund zu 5 und 5,50 M., und nächster Tage soll es auch Schweinefleisch geben das Pfund zu 8,20 M. Wenn man darauf ohne alles weitere seinen Nebenmenschen ausbreiten darf, so sei doch die Frage erlaubt, zu was hat man denn eigentlich ein Preiswunderamt geschaffen? Vielleicht deshalb, daß man die Wucherer ausgebeugt betreiben kann, um ja recht schnell reich zu werden? Es gibt schon eine ansehnliche Menge solcher Auswüchse, die schon so viel erübrigt haben, daß sie getrost in die Zukunft blicken können.

* Genosse Oskar Gied, M. d. R. V., der seit Jahren an einem hartnäckigen Magenleiden erkrankt ist, mußte sich jetzt einer Operation unterziehen. Der operative Eingriff, der von Geh.

Mat Dr. Seud vorgenommen wurde, war ein recht scharfer, der Patient hat ihn aber gut überstanden.

* Hambühren bei Bruchsal, 18. Aug. Auf einem nächsten Dienstaug über die Feder wurde der Feldhüter Josef Deder von Feldbüchsen erschossen. Man fand den Feldhüter am anderen Morgen unter einem Apfelbaum tot auf. Die Kugel hatte ihm das Gesicht und die Schädeldecke zertrümmert. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Feldhüter Deder, der als außerordentlich gewissenhafter Beamter geschätzt wird und gegen die Feldbüchsen energisch vorging, hatte in der letzten Zeit mehrfach Drohbrieve erhalten.

Badens Vertretung im Reichsrat. Wie schon früher im Bundesrat und Staatenauschuß so hat Baden auch in dem neuen Reichsrat drei Stimmen. Zu Mitgliedern des Reichsrats sind Staatspräsident Geiß, der Minister des Landwirtschaftlichen Unterrichts und der Minister der Finanzen Dr. Wirth ernannt worden, zu Stellvertretern die übrigen Mitglieder des badischen Staatsministeriums, sowie die drei bisherigen Vertreter Badens im Staatenauschuß, die ihren Dienstsitz in Berlin haben.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 19. August.

An die Einwohnerschaft von Karlsruhe. Anlässlich des badischen Sozialdemokratischen Parteitagess, der am 6. und 7. September ds. Jrs. in hiesiger Stadt stattfinden werden, werden zur Vebereberung der Delegierten eine große Anzahl von Logis benötigt. Alle diejenigen, die Delegierte zum Ueberrachten aufnehmen können, werden gebeten, dies alsbald dem Genossen Franz Wegler, Klippmurrstr. 22, 3. St., mitzuteilen.

Die Vereinigung der sozialistischen Beamten und Lehrer hatte am vergangenen Freitag wieder eine Zusammenkunft unter reger Beteiligung. Der Abend war ausgefüllt durch das Referat des Herrn Dr. Biel über die „Teileliederung des sozialen Organismus“ und die sich daran anschließende Aussprache. Auf Grund des Vortrags von Rudolf Steiner suchte der Redner die Mängel der sozialen Körper in eine politisch-rechtliche, eine wirtschaftliche und eine geistige Organisation notwendig machen. In der anschließenden sehr regen Diskussion handelte es sich vor allem um die Frage: Wie stellt sich die Sozialdemokratie zu den Steinerischen Überlegungen? Und da zeigte sich bei drei Diskussionsrednern eine Ablehnung der Durchführung einer Teilegliederung, während ein Redner für eine solche eintrat. Die schärfste Kritik richtete sich vor allem gegen die Art der Durchführung, die der letzte Redner am Land eines erkrankenden Weichsmarschals stark in Frage stellte. Da sich noch eine ganze Reihe Herren zur Aussprache gemeldet hatten und die Zeit schon recht vorgeschritten war, so wurde eine Fortsetzung der Aussprache an einem anderen Abend beantragt und hierzu der kommende Samstag und das gleiche Lokal (in der „Alten Wende“, Adlerstraße, Ecke Zittel) gewählt. Es sei also hiermit bei der Wichtigkeit des Themas, — es wurde gewünscht, — daß man über die Frage zu einem endgültigen Resultat komme — auf diese Zusammenkunft aufmerksam gemacht, die ein sehr interessanter Abend zu werden verspricht.

Im Anschluß an diese Zusammenkunft schreibt man uns: Es sei an dieser Stelle wieder an die geistigen Arbeiter die Einladung gerichtet, uns sozialistische Beamten und Lehrer und unsere Vebereberungen, den sozialistischen Geist in die Beamten schaft hineinzutragen, zu unterstützen. Die Sozialisierung der Beamten schaft ist für alle die, denen die Sozialisierung des Staatswesens am Herzen liegt, eine eminent wichtige Sache. Wir bitten die geistigen Arbeiter, der Arbeitergemeinschaft der sozialdemokratischen Beamten und Lehrer beizutreten. Anmeldungen an Gen. Hauptlehrer Meyer in Weinarten, an Gen. Eisenbahnhelfer Beech in Karlsruhe, Büchelstr. 11, und an Gen. Redakteur Winter am Volkstempel.

* Verein Arbeiter-Jugend (Freie Jugend) Karlsruhe. Nächsten Sonntag, 24. August, findet ein Besuch des Volkshausplatzes Dethlingen statt, gemeinsam mit den Jugendgemeinden und Genossinnen aus Kahlst. und anderer Orte des Bezirks. Die Spielleitung hat in freundschaftlichem Entgegenkommen der Jugend einen ermäßigten Preis von 1 M. 50 S für den 2. Platz gewährt, welcher Preis jedoch aus der Jugendkasse bestritten wird, jedoch die Jugendlichen nur die Fahrkosten zu tragen haben. Von Karlsruhe haben sich bereits eine stattliche Zahl Jugendlicher in der letzten Zusammenkunft der Jugend gemeldet. Weitere jugendliche Teilnehmer, die sich der Arbeiterjugend am nächsten Sonntag anschließen wollen, mögen sich bis spätestens Mittwoch bei Jugendleiter Redakteur O. Winter, Redaktion des „Volkstempel“ melden.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Karlsruhe, wird uns geschrieben: Viele schwerkriegsbeschädigte Kaufleute, die in ihrem Berufe nicht mehr unterkommen können, haben den Wunsch geäußert, im Staatsdienst Verwendung und Anstellung zu finden. Zur Zeit sind noch eine große Anzahl von weiblichen Kräften auswärtsweise bei den Staatsverwaltungen beschäftigt, die alle nach und nach durch

Männer ersetzt werden müssen. Es bedarf wohl keiner besonderen Begründung, daß die Ablösung nur durch Kriegsbeschädigte erfolgen darf. Vorbedingung ist jedoch, daß diese Leute im Maschinenzeichnen durchaus bewandert sind, wenn sie sich um den Rangdienst bei den Staatsverwaltungen bewerben wollen. Wir sind daher mit der städtischen Handelsschule hier ins Benehmen getreten, die sich zur Abhaltung von Abendkursen zur Erlernung des Maschinenzeichnens bereit erklärt hat. Kameraden, die ihren früheren Beruf nicht mehr oder nur sehr schwer noch ausüben können, werden gebeten, sich zwecks Gründung einer Fachgruppe für Beamte und Kaufleute am Dienstag, den 19. August 1919 abends 8 Uhr, im Saale zum „Elefanten“ einzufinden zu wollen. (Siehe Interat.)

Glasermeistertagung. In einer auf letzten Sonntag im Hotel Friedrichshof einberufenen Glasermeisterversammlung aus ganz Baden wurde nach einem Referat des Herrn Handelskammerpräsidenten G. Andres ein Landesverband badischer Glasermeister gegründet. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Haug-Karlsruhe Vorsitzender, Ruf-Karlsruhe Schriftführer, Lang-Karlsruhe Kassier, außerdem wurde eine Anzahl Beisitzer gewählt, die die Interessen der verschiedenen Landeskreise vertreten. Als Sitz des Verbandes wurde Karlsruhe bestimmt.

Diebstahl. In der Nacht zum Samstag wurden aus einem Sühnerstall in der Kriegerstraße sechs Hühner und ein Kanarienvogel im Werte von 200 M. von unbekannten Tätern, auf deren Ermittlung eine Belohnung von 200 M. ausgesetzt ist, entwendet. Die Tiere wurden am Tatort abgeschlachtet.

Das große Los der am 1. August stattgefundenen B-Badener 1. Mark-Geldlotterie 10.000 M. erhielten Flüchtlinge aus Lothringen von Battereunternehmer R. Gläumer, Mannheim O 7, 11, früher Straßburg i. E., Langstraße 107, hat ohne jeden Abzug ausbezahlt. In bessere Hände hätte der Gewinn wohl nicht kommen können, da derselbe doch einigermaßen Ertrag bietet für das, was die Flüchtlinge zurücklassen mußten.

Letzte Nachrichten.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 19. Aug. Die Lage in Oberschlesien scheint, wie die Morgenblätter übereinstimmend berichten, im Hinblick auf die Verbindung der Vorgänge mit dem politischen Kohlenarbeiterstreik bedrohlich zu bleiben. Obwohl nunmehr in Oberschlesien der Arbeitszwang eingeführt ist, greift der Streik immer weiter um sich. Daß die paraktischen Elemente, die den Streik inszenierten und weiterführen, in Verbindung mit den bolschewistischen Truppen getreten sind, steht fest.

Breslau, 19. Aug. Vonseiten des kommandierenden Generals des 6. A. K. und des Staatskommissars für Schlesien und Westfalen wurde heute der verstärkte Belagerungszustand (Standrecht) für den Regierungsbezirk Oppeln mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Neutach, Neisse, Grottkau und Gollern erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streiks. Alle Streikenden und von der Arbeit durch Anwesen ferngehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstätten zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Die neue ungarische Regierung.

Budapest, 18. Aug. Die Verhandlungen wegen Eintritte von drei sozialistischen Vertretern in die neue Regierung sind bisher resultatlos geblieben. Die Sozialisten halten eine Republik Ungarn mit einem Eszterhazy an der Spitze derzeit für unannehmbar.

Berlin, 18. Aug. Die neue Regierung in Budapest hat die Zahlung der Erwerbslosen-Unterstützung eingestellt.

Köln, 18. Aug. Heute Mittag kam es zu einer großen Demonstration der Arbeitslosen, der stollenlosen Kaufleute und der Volkshausarbeiter vor dem Kölner Rathaus. Am Vormittag hatte im großen Gürtenhauaal eine große Versammlung stattgefunden, in welcher diese drei Gruppen eine Entschlieung annehmen, in der unter anderem von der Stadtverwaltung die Erhöhung der bisherigen Höhe der Arbeitslosenunterstützung und ferner die Gewährung einer Feuerungszulage gefordert wird.

Berlin, 19. Aug. Die von Deutschland auszuführenden Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet an Frankreich haben ihren Anfang genommen. Die erste dieser Lieferungen beträgt, wie gemeldet wird, über eine Million Tonnen für den ersten Monat.

München, 18. Aug. Die bayerische Regierung ist gestern von Bommberg nach München übergesiedelt.

Bern, 19. Aug. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Mauthausen hat in Acor-Walbe vorgestern eine zweite Explosion des Munitionslagers stattgefunden, der obermal acht deutsche Kriessasfanene zum Opfer fielen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beauftragte Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Puffenstraße 24.

Uhren. Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt. Karl Zesfel, Uhrmacher. Gde. Werder- u. Morgenstraße. Verkauf von Gold, Silber und Uhren.

Rasier-Ringen. (Gilette), werden haarlos rasiergeschliffen, Std. 15 Pf. Kaiserstr. 34, Baden. Zigaretten. 100 Stk. 10 Mk., gibt ab. Nieß, Gräfelfing.

Häuser. mit und ohne Geschäftszwecke sowie Gegenstände aller Art zu verkaufen durch das Liegenschaftsbüro M. Busam, Karlsruhe, Perrenstr. 38. Telephon 5530.

Für Privatbüro gebrauchter aber gut erhaltener Schreibisch. doppelt so billig zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 5721 durch die Geschäftsstelle d. Bl. erbitten.

Flechten Wunden. Offene Flüsse, Krampfadern heilt sogar in verzweifelt. Fallen mit oit überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2,70 u. 5,10 Mk.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tutogen-Laboratorium, Seitzelheim-Romliten 7. Sngroslager bei Leopold Fiebig.

Gedenket des Volksdank für unsere zurückkehrenden badischen Kriegsgefangenen

Planck & Co.
Einmach-
Gläser
 mit Ring
 in allen Größen
 sehr preiswert

Männer-Gesangverein Durlach.
 Unsere Singstunde findet wegen Renovierung des Saals am Mittwoch Abend 8 Uhr im Gasthaus zur „Hume“ bei Mitglied Mannherz statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bitten
 Der Vorstand.

Bad. Landestheater
 Die bis Ende Mai d. J. aufgelassenen und nicht abgeholtten Rundbänke (Obern- und Unterbänke) werden am Donnerstag, den 28. August d. J., vormittags 10 Uhr, im Landes-Theater (Haupt- und Nebenbühnen) öffentlich versteigert.
 Karlsruhe, 18. Aug. 1919.
 Verwaltung des Badischen Landestheaters.

Mandolinen, Gitarren, Zithern
 werden fortwährend angekauft in
Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft,
 Kronenstr. 52. Tel. 3747.

Angebotsverfahren.
 Herr Heinrich Haufsch, Zimmermeister hier, hat den Antrag gestellt, sein abhandeln gelommenes Sparbuch Nr. 1320 mit einer Einlage von M. 480.—, inzwischen durch Zinszuschuß angewachsen auf M. 608.08, für kraftlos zu erklären.
 Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats, von der erfolgten Einreichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftlosklärung des Buches erfolgen wird.
 Karlsruhe, 18. Aug. 1919.
 Stadt. Sparkassenamt.

Ausgefallene Frauenhaare
 kauft
 Oskar Becker, Haardhlg., Kaiserstr. 32.

30 M. tägl. Verdienst
 Bis Erwerb oder Nebenerwerb. Prosp. gratis.
 V. Wagenknecht, Verlag, Leipzig 101.

Planck & Co.
Schweizer
Obstwein
 (kein Most)

Verband der Köche, Deutscher Kellner-Bund
Verband der Gastwirtsgehilfen.
Einladung.
 Donnerstag, den 21. August 1919, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“, Karl Friedrichstr. 28,
Großes Sommerfest
 bestehend aus großem Instrumental-Konzert, Männerchören des Arbeiter-Gesangvereins „Vorwärts“, Tanz und sonstige Belustigungen.
 Hierzu laden wir alle gastwirtschaftlichen Angestellten sowie Gewerkschaftsangehörigen nebst Angehörigen und Gönnern herzlich ein.
 Das Komitee:
 Büro: Müppurterstraße 22 III.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
 Die auf Mittwoch, den 20. August, anberaumte und zum Teil bekanntgegebene Vertrauensmännersitzung für den Bezirk Karlsruhe-Durlach kann umständehalber nicht stattfinden.
 Die Ortsverwaltung.

A. Kuffinger
 Hofstraße 8.
 Telefon 1700.

Die Neuordnung des amtlichen Verbandswesens betr.
 Als amtliches Verbandsblatt (Amtsblatt) im Amtsbezirk Karlsruhe gemäß § 1 der Verordnung vom 23. Juli 1919 gelten:
 Badischer Beobachter Karlsruhe
 Badische Landeszeitung
 Badische Presse
 Karlsruher Tagblatt
 Karlsruher Zeitung
 Volksfreund
 Karlsruhe, den 9. August 1919.
 Bezirksamt. O.-Z. 226

Bekanntmachung.
 Das Befahren und Begehen der Feldwege, sowie Obstanlagen auf der Gemarkung Knielingen durch Nichtberechtigte ist
streng verboten.
 Das Bürgermeisteramt.

Frühkartoffel-Verkauf.
 Mit Wirkung vom 19. August 1919 ab werden in der laufenden Woche auf die Kartoffelmarkte D Nr. 118 5 Pfund Kopfmengen in den früher bekanntgemachten Kartoffelverkaufsstellen ausgesetzt.
 Der Preis beträgt 18 Pfennig für 1 Pfund.
 Die Kartoffelmarkte C Nr. 118, deren Gültigkeit noch für die laufende Woche verlängert worden ist, wird jedoch nur mit 2 Pfund Kartoffeln zum Preise von 18 Pf. für 1 Pfund eingelöst.
 Es sind sämtliche Kartoffelverkaufsstellen besetzt.
 Die Menge der in der folgenden Woche zur Verteilung gelangenden Kartoffeln hängt von der jeweiligen Zufuhr ab.
 Karlsruhe, den 18. August 1919.
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Stadtgarten.
 Nur bei gutem Wetter.
 Dienstag, den 19. August, abends von 7-11 Uhr
Musik-Aufführungen
 des **Orchester-Verein Karlsruhe**
 Leitung: Herr Kapellmeister R. Krohne.
 Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 Pf. Lustbarkeitssteuer.

Einem ausgezeichneten Ertrag für
Winterröhl
 Stellen Sie sich aus Steigerwald's Kunstmohlanfang, im Konservenglas, der nicht ganz 4 Pf. kostet Sie 1/2 Liter. Machen Sie einen Versuch mit diesem vortrefflichen Hausbrun.
 Steigerwald's Kunstmohlanfang in Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Süßstoff ist überall erhältlich. Auf Wunsch weisen Bezugsquellen nach:
J. Steigerwald u. Comp., Heilbrunn a. N.

Oelsaatenanbau.
 Die Preise für die Ernte 1920 sind erhöht auf:
 Raps Mk. 115.— Müssen Mk. 110.—
 Mohn „ 125.— Dotter „ 90.—
 Leinfaat „ 100.— Senf „ 90.—
 Hanf „ 80.— Heberich „ 70.—
 für 100 kg
Stickstofflieferung für den Herbstanbau.
 Für jeden Hektar möglichst 80 kg, soweit die Bestände reichen. Delfingerdüngung 40 kg auf abgelassene 100 kg Saat. Erhöhung auf 50 kg wird angestrebt.
Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette
 Erste-Abteilung
 Berlin NW 7, Unter den Linden 68 a.

Billiges Gelände für Kleingärten.
 In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terratin- und Baugesellschaft Südbaden, Cöthenstraße 58, Telefon 545.

Fröbelseminar für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen mit Abschlussprüfung unter staatl. Leitung Karlsruhe.
 Beginn des Kurses I für Kindergärtnerinnen.
 Anfang November d. J. Voraussetzung: Abgangszugzeugnis einer 10klassigen höheren Mädchenschule, vollendetes 16. Lebensjahr.
 Auskunft und Prospekte durch den Vorstand der Abteilung II des Badischen Frauenvereins.

ALA Chemfabrik AG
 Frankfurt a. M.
bester Schuh-Putz
 Zentralbüro: Bockenheimer-Lsd. 19
 Tel. Taunus 1761/62, Hansa 7978

Städtisches Konzerthaus.
 Dienstag, den 19. August 1919.
Fürst Casimir.
 Operette in drei Akten von Max Neul u. Max Ferner.
 Musik von C. M. Ziehrer.
 Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Gleichenleiden
 dauernde Beseitigung durch deutsch. Reichsp. Prosop. grat. Sanis Verband München 26 C. 4600

Stahlrohrmatratzen f. jede Bettst. n. Maas, Metallbetten, Polsteraufst. an Federn. Rat. fr. Eisenmöbelfabr., Süßl. 10.

Offenburten, Lokom.-Geizler
 hier, mit Luise Göttinger von Stuttgart. Georg Freitag von Breslau, Handl.-Gehilfe hier, mit Anna Schillinghamer b. München. Karl Jörn von Staunberg, Postkutscher hier, mit Anna Jörger Witwe von Baden. Alfred Kellhauer von Delfingen, Kaufmann hier, mit Julie Weicher von hier. Ernst Walter von Spöck, Vater hier, mit Christina Göpferich von Bauerbach.

Offenburten, Mathilde-Hil-
 deard, Vater u. Mutter, Kutscher. Frig. Eva Barb. Vater Richard Schwieger, Hochbauingen. Ruth Giesela, b. Herrn. Oertel, Architekt. Lore Ute Christiane, Vater Gerhard Kühn, Postkassier. Rosa, Vater Joh. Schloß, Heilpäd. Elsa Franziska, Vater Joh. Jeph, Zigarrenmacher. Barbara, Vater H. Weisse, Hand b. Malch. Bauverf. Ernst Willi, Vater E. Hagerath, Kfm. Otto Peter Andr. August, Vater D. Strobel, Kondit. Margarete, Vater Johann Krabl, Vater. Helmut Alfred, Vater Wilhelm Joel, händ. Buchhalter. Hermine Ulrike, Vat. u. Vöhringer, Hauslehrer. Rioba Barbara Walbuega, Vater J. Krey, Damenschneid. Berta Elisabeth, Vater R. Spohrer, Zimmermann. Sofie, Vat. Joh. Hier, Schuhmacher. Hedwig Lina Joh., Vater Jakob Reichmann, Fuhrm. Rosalia, Vater Anton Erdel, Bahnarbeiter. Erich Adolf, Vater u. Weniger, Fabrikarbeiter.

Todesfälle. Stefanie Klaußner, alt 71 Jahre. Ehefrau von Chr. Klaußner, Zimmerm. Hubert Müller, Zugmeister, Witwer, alt 59 Jahre. Gg. Pieper, Zugm., Ehemann, alt 68 Jahre. Julie Eichrodt, alt 81 Jahre, Witwe von Jul. Eichrodt, Reg.-Rat. Markus Weber, Schneider, Ehemann, alt 71 Jahre. Johann Schöffel, Ehemann, Witw., alt 61 J. Magdalena Thoma, alt 73 Jahre, Witwe von Benedikt Thoma, Kohlenhändler. Emilie Trübstein, alt 54 Jahre, Ehefrau von Andreas Trübstein, Fabrikarbeiter. Frieda Schreyer, alt 41 Jahre, Ehefrau von Karl Schreyer, Badpächler.

Planck & Co.
Fliegenfänger
 Stück 15 Pf.

Mandolinen, Gitarren
 Zithern, Ziehharmonikas
 kauft
Levy An- und Verkaufsgeschäft,
 Markgrafenstraße 22.

Jeder Dame,
 welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarletten, Puppenverfügen u. s. w. billigt an. Beste Haararbeiten repariere billig.
Karl Wösch, Friseur
 Durlach, Waldstr. 21.

Stärke
Wäsche
 besorgt bei achtjähriger Lieferzeit
Dampfwalchanstalt

Schorpp
Annahme - Stellen:
Karlsruhe:
 Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstrasse 34 u. 243, Gerwigstrasse 46, Amalienstrasse 15, Waldstrasse 64, Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 18, Schillerstrasse 18, Kaiseralle 87, Gabelsbergerstrasse 1, Rheinstrasse 18.
Durlach:
 Hauptstrasse 16.

Für heiße Tage!
Weißer Blusen
 Mk. 13.75 an.
Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.

Männer u. Frauen!
 Prospekt und Broschüre über Babynbreuderei hygienische Reueid verjendet verschlossen u. kostenlos Neptun-Verlag Stuttgart 7.

Selbstangefertigte Kinderhöschen
 mit und ohne Leibchen, nur aus Friedensstoffen, offeriert billig
Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft,
 Kronenstr. 52. Tel. 3747

Planck & Co.
Handkäse
 1/4 Pf. 1.50